Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 34. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 27.01.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

8. Kompensation von Stellenmehrbedarf durch entsprechenden Stellenabbau
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.01.2025 - DS-Nr.: 6329 -

Die FDP-Fraktion begrüßte, dass im vorgelegten Haushaltsentwurf nebst Stellenplan netto kein Stellenmehrbedarf enthalten sei. Dort, wo es notwendig sei, müssten neue Stellen geschaffen, in anderen Bereichen aber Stellen auf verschiedensten Wege reduziert werden, sodass der Stellenzuwachs kompensiert werden könne. Angesichts der finanziell immer schwieriger werdenden Situation sei dies eine gute politische Botschaft. Den gleichen Ansatz habe sie bereits im Sommer 2023 mit einem Antrag verfolgt *(Anmerkung der Verwaltung: s. DS-Nr. 5991)*, der jedoch auf Vorschlag der Verwaltung abgelehnt worden sei. Da ihrem Ansinnen im Haushaltsjahr 2025 nun Genüge getan werde, bringe sie ihren Antrag erneut ein, um die Kompensation von Stellenmehrbedarf durch entsprechenden Stellenabbau zum dauerhaften Standard zu erklären.

Der Landrat merkte an, dass er bei der Haushaltseinbringung ein positives Signal an die Kommunen im Kreis geben wollte. Da man die Entwicklungen in den nächsten Jahren aber nicht absehen könne, solle man sich nicht auf einen Standard für die Stellenplanung festlegen. Er könne dem Antrag daher nicht zustimmen.

Die CDU-Fraktion führte aus, dass ihre damalige Kritik an dem Antrag der FDP-Fraktion auch heute noch nicht ausgeräumt sei. Zum einen gebe es gebührenfinanzierte Stellen, die den Kreishaushalt bei einem Stellenzuwachs nicht belasteten. Dies werde hier nicht als Ausnahmefall berücksichtigt. Zum anderen sei es ohnehin Auftrag der Verwaltung, möglichst kostensparend mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen. Aufgabe der politischen Gremien sei es, den Blick auf Stellenmehrungen zu richten. Sie erachte es als kein gutes Zeichen des Kreistages, das gute Ansinnen der Verwaltung als Standard zu erklären. Sie vertraue vielmehr darauf, dass die Verwaltung nur notwendigen Stellenmehrbedarf aufzeige.

Die AfD-Fraktion schloss sich dem an und ergänzte, dass die Verwaltung aus ihrer Sicht sehr restriktiv mit dem Personalbestand umgehe. Mit dem Beschluss des vorliegenden Antrags schaffe man die Problematik, dass bei neuen Aufgaben, die Bund oder Land auf die Kreise ohne ausreichende Konnexität abwälzten, in anderen Bereichen benötigte Stellen abgebaut werden müssten. Daher halte sie den Antrag für nicht zielführend.

Sodann ließ der Landrat über den Antrag abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (1 Ja-Stimme, 15 Nein-Stimmen)